



Ausschuss für Kommunalpolitik

9. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefirtschaftsrechts **5**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/27

Vorlagen 15/177 und 15/208
Ausschussprotokolle 15/59 und 15/70

– Abschließende Beratung –

Der Ausschuss beschließt nach ausführlicher Diskussion zunächst mit 12 Stimmen aus SPD und GRÜNEN gegen 11 Stimmen aus CDU und FDP bei Enthaltung von 2 Stimmen aus der Fraktion DIE LINKE, dass es sich bei dem von SPD und GRÜNEN vorgelegten Änderungsantrag, unter Berücksichtigung der in der Sitzung beantragten Streichung der Art. 5 und 6, nicht um eine substantielle Änderung des zur Anhörung vorgelegenen Beratungsgegenstandes handelt und somit nicht nach § 56 Abs. 4 GeschO LT zu verfahren ist.

Sodann wird der weitergehende Änderungsantrag der CDU – siehe Drucksache 15/867, Anhang 2 – mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

Der Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN – siehe Drucksache 15/867, Anhang 1 – wird in der geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Schließlich wird der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der zuvor geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und LINKEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Berichterstatterin: Carina Gödecke (SPD)

2 Gesetzentwurf zur Änderung des § 76 der Gemeindeordnung

29

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/666

– Verfahrensabsprachen

Der Ausschuss beschließt nach kurzer Verständigung eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf für den 18. Februar 2011. Eine entsprechende Mitteilung ergeht an den mitberatenden Haushalts- und Finanzausschuss. Eine Einigung über die Zahl der Sachverständigen und den Fragenkatalog wollen die Fraktionen bzw. Obleute rechtzeitig zur Wahrung der Einladungsfrist erzielen.

3 Mindestanforderungen an ein Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen 32

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/656

– Verfahrensabsprachen –

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie geplanten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

4 Verschiedenes 33

– Nächste Sitzungen 33

* * *